



SFB/Transregio 266

ACCOUNTING FOR  
TRANSPARENCY

German Business Panel

## GBP-Befragung zur Bundestagswahl 2025

Unternehmen schätzen Wachstumsaussichten optimistisch ein und sehen eine Reform der Schuldenbremse als notwendig an.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist die Wirtschaftsleistung in Deutschland im Jahr 2024 um 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken. Damit verzeichnete die größte europäische Volkswirtschaft das zweite Jahr in Folge einen Rückgang. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes belasten der schwache Konsum, hohe Energiepreise und strukturelle Probleme die wirtschaftliche Entwicklung (Statistisches Bundesamt, 2025).

Auch die Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute sind eher zurückhaltend. So prognostizieren das Kiel Institut für Weltwirtschaft für 2025 ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 0,0 Prozent, die Bundesbank von 0,2 Prozent und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung ein Wachstum von 0,9 Prozent. Ein mögliches drittes Rezessionsjahr spielt auch im Wahlkampf zum 21. Deutschen Bundestag eine zentrale Rolle. In der aktuellen Debatte ist das Thema Wirtschaft mit 34 Prozent das zweitwichtigste Thema nach Migration (ARD DeutschlandTrend, 2025). In einer wirtschaftlichen Großwetterlage, die von Wettbewerbsdruck, politischer Unsicherheit und geopolitischen Krisen geprägt ist und in der das German Business Panel (GBP) ein Rekordtief in der Zufriedenheit der Unternehmen mit der Wirtschaftspolitik verzeichnete, bringen die politischen Parteien unterschiedliche Ideen ein, um das wirtschaftspolitische Ruder herumzureißen. Dabei stellen sich entscheidende wirtschaftspolitische Fragen: Welche Auswirkungen erwarten Unternehmen für das kurz- und langfristige Wirtschaftswachstum? Worin sehen die Wirtschaftsentscheider Potenzial für wirtschaftlichen Aufschwung? Was denken sie über die von den politischen Parteien vorgelegten wirtschafts- und steuerpolitischen Vorschläge? In einer Befragung zur Bundestagswahl hat das GBP im Februar 2025 um die Einschätzungen von mehr als 350 repräsentativen Unternehmensvertretern gebeten.

### Unternehmen blicken optimistisch auf die wirtschaftliche Entwicklung

Welche Wachstumsraten erwarten Unternehmen kurz- und langfristig? Tabelle 1 zeigt anhand der Befragungsdaten des German Business Panels, inwiefern Erwartungen über zukünftiges Wirtschaftswachstum von der Zufriedenheit mit der aktuellen Wirtschaftspolitik abhängen. Die Ergebnisse illustrieren, dass Unternehmen mit einer hohen Zufriedenheit (6 oder größer auf einer Skala 0 - 10) höhere Wachstumsraten in den nächsten 12 Monaten für realistisch halten als Unternehmen mit einer niedrigen Zufriedenheit (5 oder kleiner auf einer Skala 0 - 10).

21. Februar 2025

**Autoren:** Samuel Mäurer, Davud Rostam-Afschar & Dirk Simons

**Projektleitung:** Jannis Bischof, Philipp Dörrenberg, Davud Rostam-Afschar, Dirk Simons & Johannes Voget

**unter Mitarbeit von:** Fabian Eble, Yuhan Liu, Samuel Mäurer, Maik Sattelmayer, Pascal Schrader & Thomas Simon

Universität Mannheim

TRR 266 Accounting for Transparency  
[www.accounting-for-transparency.de](http://www.accounting-for-transparency.de)  
[www.gbpanel.org](http://www.gbpanel.org)

*Tabelle 1 – Erwartete Wachstumsraten in den nächsten 12 Monaten*

	<u>im schlechtesten Fall</u>	<u>realistisch gesehen</u>	<u>im besten Fall</u>
Unzufrieden	-1,29	0,34	1,84
Zufrieden	-0,66	0,96	2,24
Gesamtstichprobe	-1,23	0,39	1,88

Im schlechtesten Fall befürchten Unternehmen, die die Wirtschaftspolitik als unzufriedenstellend beurteilen, eine tiefere Rezession als zufriedene Unternehmen. Insgesamt halten Unternehmen ein Wirtschaftswachstum von 0,39 Prozent in den kommenden 12 Monaten für realistisch.

Werden Unternehmen nach einem Blick in die Zukunft mit längeren Betrachtungszeitraum gefragt, fallen die Erwartungen spürbar optimistischer aus. Tabelle 2 zeigt, dass Unternehmen ein jährliches Wirtschaftswachstum von 2,02 Prozent in den nächsten fünf Jahren für möglich halten. Im Vergleich zu den Wirtschaftsforschungsinstituten, die ebenfalls eine Entspannung erwarten, setzen die Unternehmen größere Hoffnung auf wirtschaftliche Impulse in der Zeit nach der Bundestagswahl.

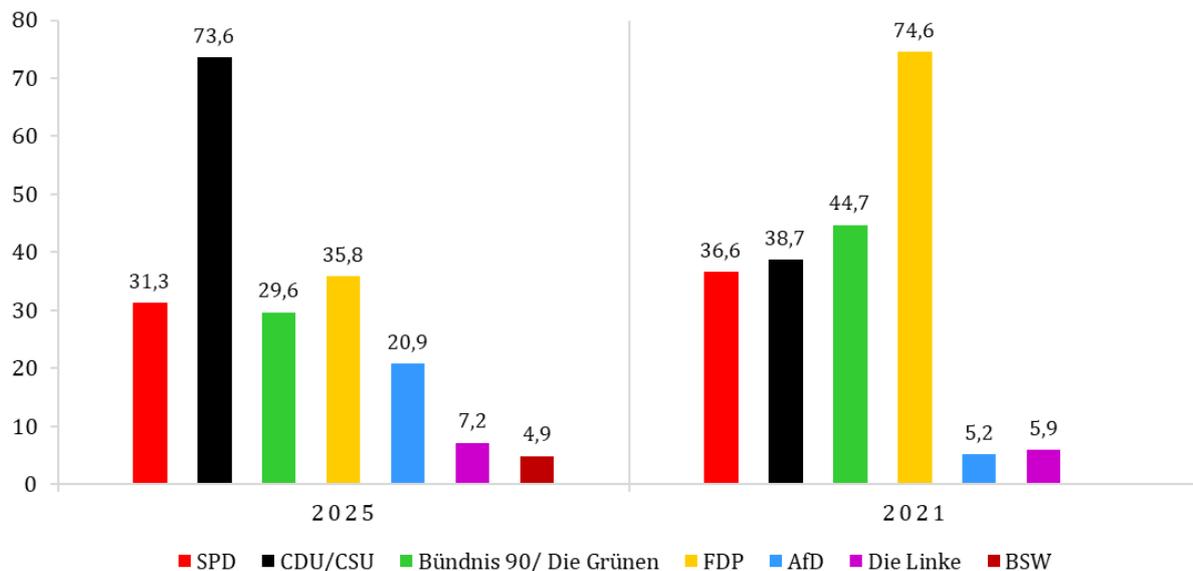
*Tabelle 2 – Erwartete Wachstumsraten in den nächsten 5 Jahren*

	<u>im schlechtesten Fall</u>	<u>realistisch gesehen</u>	<u>im besten Fall</u>
Unzufrieden	-0,47	1,97	4,22
Zufrieden	-0,54	2,43	5,71
Gesamtstichprobe	-0,48	2,02	4,35

### **Unternehmer setzen auf Schwarz-Gelb**

Welche Parteien wollen Unternehmer in der Regierung sehen? Die Ergebnisse des German Business Panels in Abbildung 1 zeigen, dass der größte Anteil der Unternehmen eine Regierungsbeteiligung der CDU/CSU (73,6 Prozent) befürwortet. Dies steht im Gegensatz zu den Präferenzen, die vor vier Jahren im German Business Panel zur Bundestagswahl am 26. September 2021 erhoben wurden. Damals lag der Zustimmungswert zu einer Regierungsbeteiligung der FDP bei 74,6 Prozent. Der aktuelle Wert liegt lediglich bei 35,8 Prozent. Die CDU/CSU lag 2021 dagegen nur bei 38,7 Prozent. Auch der Wunsch nach einer Regierungsbeteiligung der AfD ist im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 deutlich von 5,2 Prozent auf 20,9 Prozent gestiegen.

## Abbildung 1: Regierungsbeteiligung aus Unternehmenssicht



Die Grünen haben nach dem Aus der Ampelregierung laut den GBP-Ergebnissen auch einen starken Einbruch in der Gunst der Unternehmen erlebt. Die Zustimmung zur SPD ist konstant geblieben. Die Linken liegt mit 7,2 Prozent vor dem neu gegründeten BSW, für das sich 4,9 Prozent aussprachen.

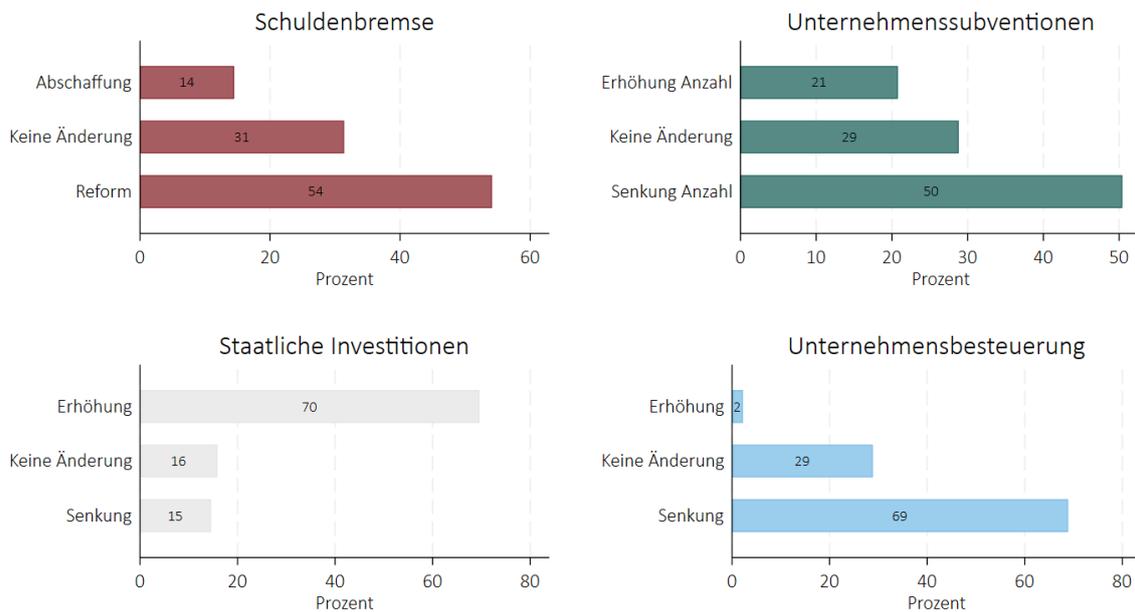
### **Schuldenbremse, Subventionen, Investitionen, Besteuerung, Bürokratie: Was bringt den wirtschaftlichen Aufschwung?**

Das GBP befragte Unternehmen zu ihrer Sicht auf wichtige wirtschaftspolitische Instrumente zur Stärkung des Wirtschaftswachstums. Abbildung 2 zeigt die Einschätzungen von Unternehmen zu vier wirtschaftspolitischen Maßnahmen. In Bezug auf die Schuldenbremse spricht sich die Mehrheit (54 Prozent) für eine Reform aus, während 31 Prozent keine Änderung wünschen und nur 14 Prozent eine vollständige Abschaffung befürworten. Dies verdeutlicht, dass viele Unternehmen zwar eine Anpassung der Regelung für notwendig halten, eine komplette Aufhebung jedoch nur wenig Unterstützung findet. Obwohl manche Unternehmen profitieren, fordert eine Mehrheit Unternehmenssubventionen zu reduzieren: 50 Prozent der Befragten befürworten eine Senkung der Zahl der Subventionen für Unternehmen, während nur 21 Prozent eine Erhöhung wünschen. 29 Prozent sprechen sich für eine Beibehaltung der aktuellen Zahl von Subventionen aus.

Ein anderes Meinungsbild zeigt sich bei den staatlichen Investitionen: 70 Prozent der Unternehmen befürworten eine Erhöhung, was auf einen breiten Konsens über die Notwendigkeit staatlicher Investitionen zur wirtschaftlichen Stärkung hinweist. Lediglich 16 Prozent sind für keine Änderung und 15 Prozent für eine Senkung. Im Gegensatz dazu

wünscht sich eine klare Mehrheit (69 Prozent) eine Senkung von Unternehmenssteuern. Nur 29 Prozent möchte den aktuellen Steuersatz beibehalten.

## Abbildung 2: Wirtschaftspolitik aus Unternehmenssicht



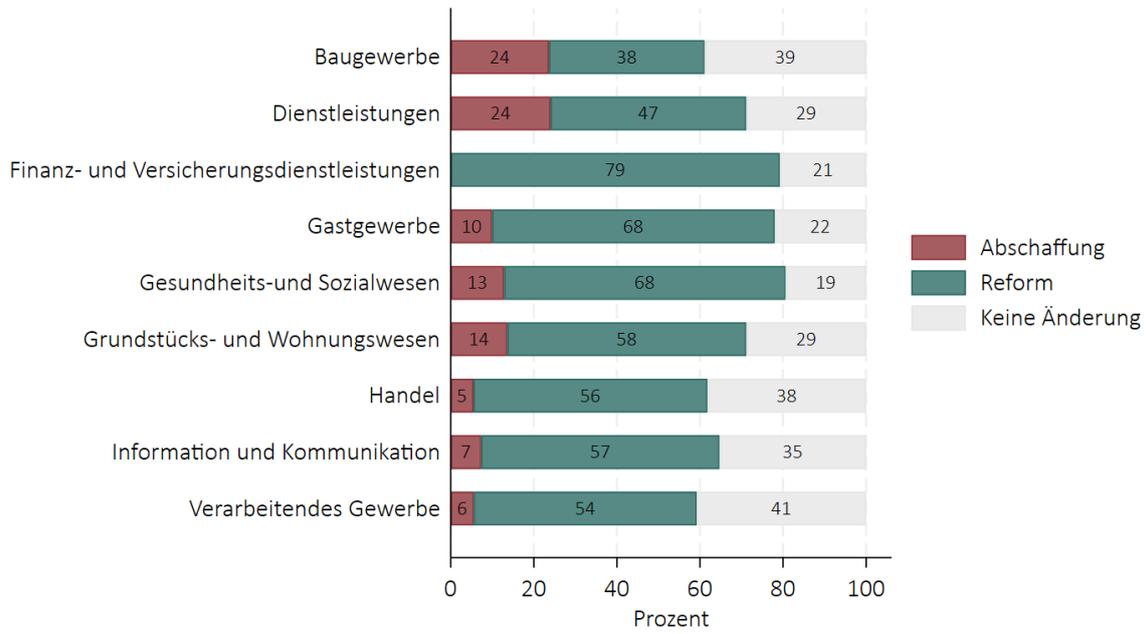
Eine Erhöhung der Unternehmenssteuern wird mit nur 2 Prozent nahezu vollständig abgelehnt. Diese Ergebnisse zeigen, dass Unternehmen vor allem steuerliche Entlastungen und eine gezielte Anpassung wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen bevorzugen. Noch eindeutiger als zu den in Abbildung 2 gezeigten Positionen stehen Unternehmen zum Thema Bürokratie. 90 Prozent sehen den Bürokratieabbau als wichtiger an als eine Stärkung der Rechtssicherheit.

Ein genauerer Blick auf die Einschätzungen zur Zukunft der Schuldenbremse bringt kontroverse Positionen zutage. Befürworter fordern mehr Disziplin bei den Staatsausgaben, Gegner kritisieren das Fehlen von Investitionen und beklagen die geringe Handlungsfähigkeit des Staates. Die Schuldenbremse ist seit 2009 im Grundgesetz verankert und entstand in Folge des Stabilitäts- und Wachstumspakts der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zur Überwindung der Finanzkrise 2008/2009. Sie begrenzt die Neuverschuldung des Bundes auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und soll die Finanzlage von Bund und Ländern langfristig stabilisieren und übermäßige Zinszahlungen verhindern.

Abbildung 3 macht deutlich, dass die Unternehmen der meisten Wirtschaftszweige sich für eine Reform der Schuldenbremse aussprechen. Diese Haltung entspricht den politischen Überzeugungen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und des BSW. Am

zweithäufigsten vertreten die Unternehmer die Meinung, dass die Schuldenbremse eingehalten werden soll (Position von CDU/CSU, FDP und AfD). Eine Abschaffung der Schuldenbremse, die sich in dem Wahlprogramm der Linken wiederfindet, spielt eher eine untergeordnete Rolle im Meinungsspektrum der Unternehmen.

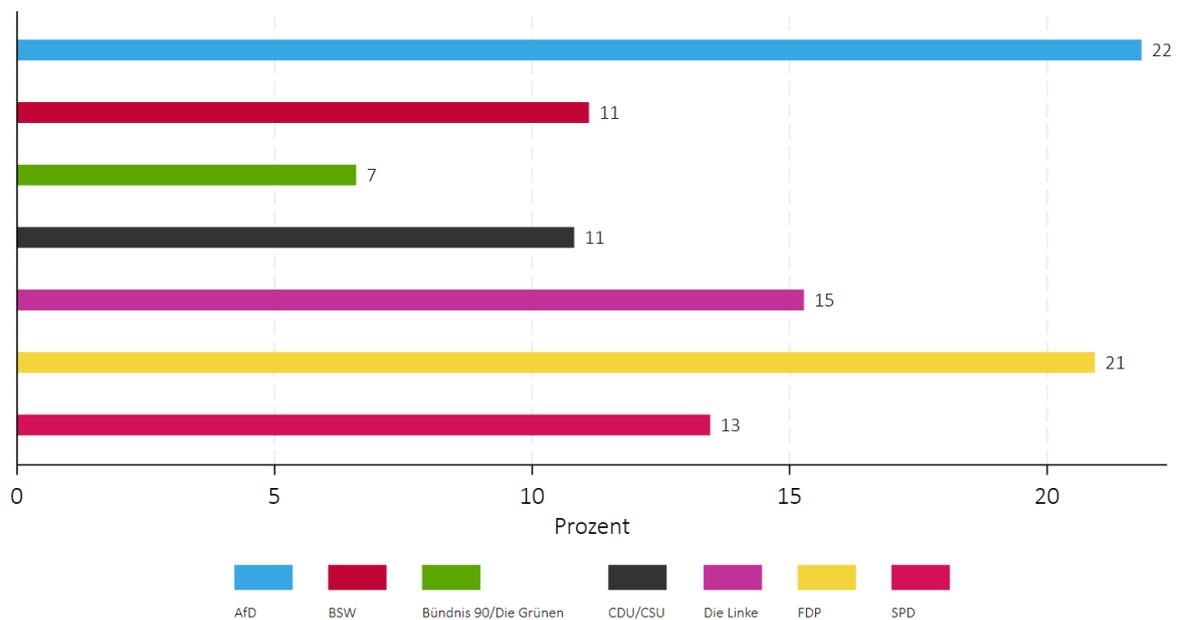
**Abbildung 3: Schuldenbremse nach Wirtschaftszweigen**



### Welche Wahlversprechen bevorzugen Unternehmen?

Das German Business Panel liefert auch Ergebnisse zu den steuerpolitischen Präferenzen der Unternehmen für Wahlprogrammverschlage der Parteien. Dabei wurden den Teilnehmern im German Business Panel Ausschnitte aus den Wahlprogrammen vorgelegt, ohne den Hinweis von welcher Partei die Vorschläge kommen. Abbildung 4 zeigt, dass die einkommensteuerpolitischen Vorschläge von AfD und FDP den stärksten Zuspruch erfahren.

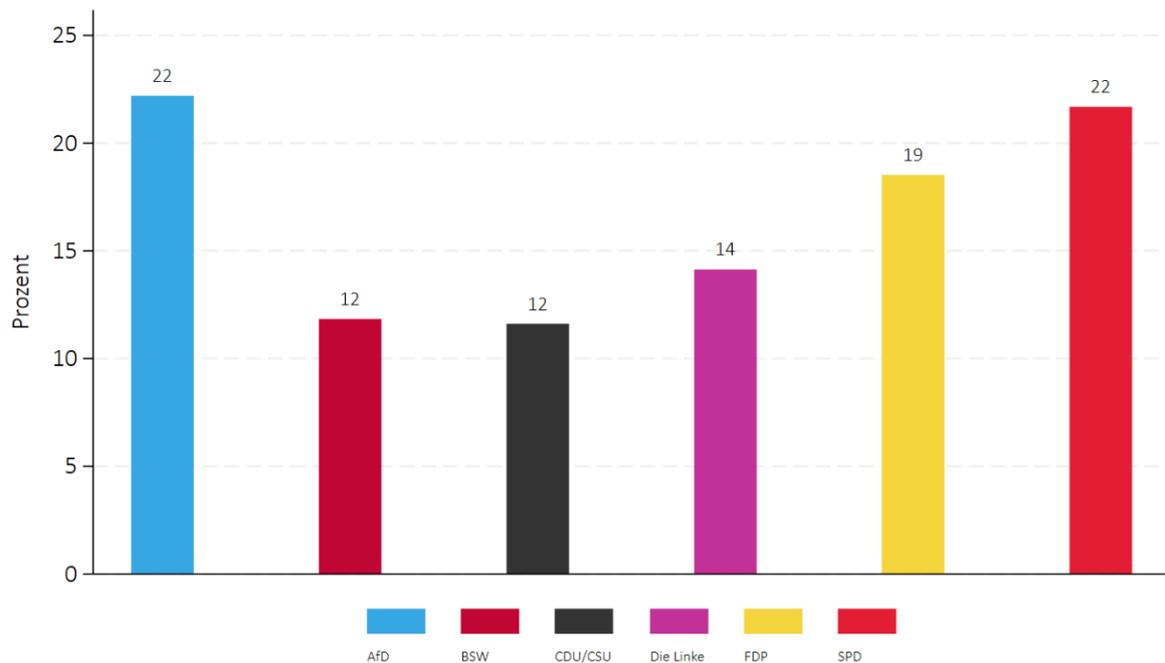
## Abbildung 4: Wahlversprechen zum Einkommensteuertarif



Auf dritter Position folgt der Vorschlag der Linken und an vierter Position der Vorschlag der SPD. Die fünfte Position teilen sich CDU/CSU und das BSW. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Vorschläge unterschiedlich konkret sind. Beispielsweise schlägt die Linke einen recht vollständigen Entwurf eines Einkommensteuertarifs in ihrem Wahlprogramm vor, während andere Parteien vage bleiben. Außerdem fehlt in vielen Wahlvorschlägen ein Finanzierungskonzept, so dass die Kosten der Maßnahmen unklar bleiben.

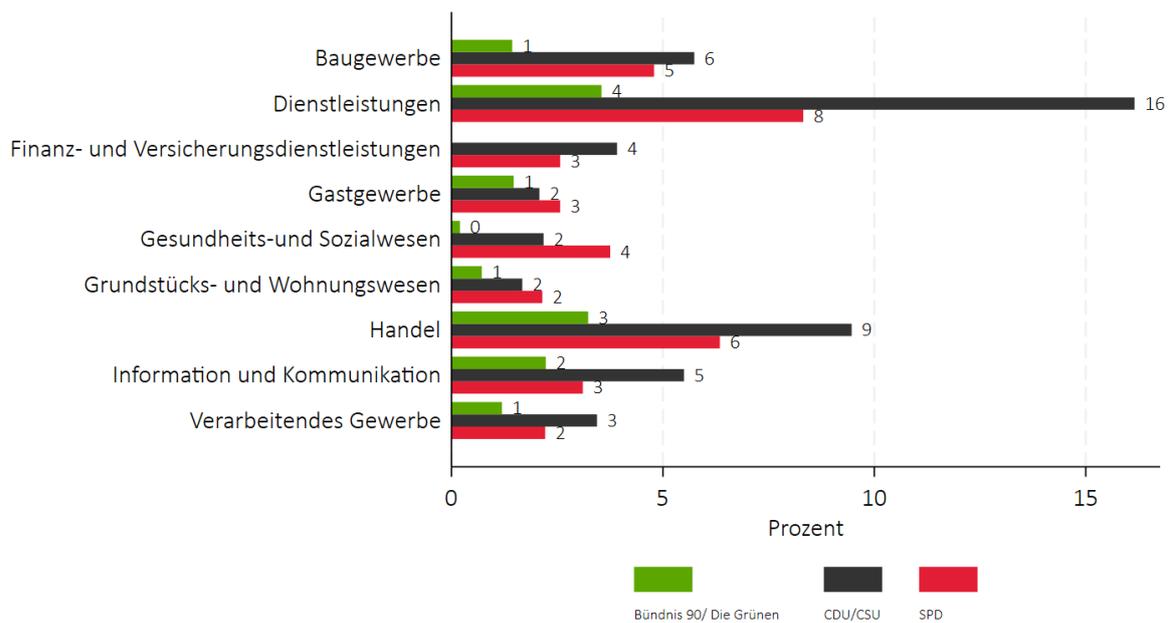
Die Präferenzen zu den Reformvorschlägen der Unternehmensbesteuerung in Abbildung 5 zeigen ein anderes Bild. Die AfD liegt mit dem Versprechen, Unternehmenssteuern zu senken mit 22 Prozent gleichauf mit der SPD. Die Positionen der FDP werden von 19 Prozent der Teilnehmer präferiert. Die Vorschläge der CDU/CSU werden von 12 Prozent der Befragten bevorzugt. Das Bündnis 90/Die Grünen hatten zum Zeitpunkt der Befragung keine Vorschläge zu den Unternehmenssteuern vorgelegt.

Abbildung 5: Wahlversprechen zu Unternehmenssteuern



Auch Vorschläge zu Investitionen in Klima und Zukunft sind in den Wahlprogrammen zu finden. Abbildung 6 zeigt, dass die Vorschläge der Christdemokraten am häufigsten Zuspruch erhalten. Besonders im Dienstleistungssektor und im Handel findet die christdemokratische Position, die die steuerliche Absetzbarkeit von Investitionen beinhaltet am meisten Anklang. Im Gesundheits- und Sozialwesen und im Grundstücks- und Wohnungswesen werden die sozialdemokratischen Vorschläge, Zukunftsinvestitionen durch Steuerprämien attraktiv zu machen präferiert. Die übrigen Parteien haben keine Vorschläge zu diesem Thema vorgebracht.

## Abbildung 6: Versprechen zu Investitionen in Klima & Zukunft



### Fazit

Die Ergebnisse der GBP-Befragung zur Bundestagswahl 2025 zeigen, dass Unternehmen optimistische auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands blicken, insbesondere in der langfristigen Perspektive. Gleichzeitig äußern die befragten Unternehmensvertreter klare Präferenzen für konkrete wirtschaftspolitische Maßnahmen, insbesondere Bürokratieabbau und eine Reform der Schuldenbremse. In der Steuerpolitik sind Vorschläge besonders populär, die deutliche Entlastungen versprechen. Allerdings fehlen klare Konzepte für deren Finanzierung.

Die Unternehmen favorisieren zwar einerseits eine Regierungsbeteiligung der CDU/CSU, zeigen sich aber andererseits kritisch gegenüber den wirtschaftspolitischen Strategien der aktuellen Ampel-Parteien. Auch und insbesondere nach der Wahl muss die Wirtschaftspolitik sich der Herausforderung stellen, bessere Bedingungen für Unternehmen zu schaffen.

**Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“.**

Wir erheben systematisch und repräsentativ, wie Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung Fragen der Unternehmenstransparenz einschätzen. Erhoben wird auch, wie sich die zunehmende Bereitstellung von Informationen sowie die zunehmende Regulierung in den Bereichen Rechnungswesen und Besteuerung auf Entscheidungen in Unternehmen und die Öffentlichkeit auswirken. Als umfassendes, langfristig angelegtes Befragungspanel liefern wir Daten in einer bisher nicht dagewesenen Qualität für die Forschung zu Unternehmenstransparenz und tragen dazu bei, Regulierung und Wirtschaft zu verbessern. Das German Business Panel ist Teil des Sonderforschungsbereichs „TRR 266 Accounting for Transparency“.

